

In einem Artikel der Mitteldeutschen Zeitung vom 24.05.2008 zur Zukunft der Theaterförderung äußerte sich der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt Jan-Hendrik Olbertz dahingehend, dass das Land erwarte, an den durch die Gründung der Kultur-GmbH avisierten finanziellen Einsparungen („Rendite“) der Stadt Halle beteiligt zu werden.

Ich frage:

1. Gibt es hinsichtlich einer Anschlussregelung zum Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) ab dem Jahr 2009 zum jetzigen Zeitpunkt Gespräche zwischen der Stadt Halle und dem Land Sachsen-Anhalt? Wer ist von Seiten der Stadt in diese Gespräche eingebunden?
2. Wieweit sind diese Gespräche gediehen und welche Zwischenergebnisse existieren?
3. Wie beurteilt die Stadt ihre haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in den Folgejahren nach 2008 hinsichtlich eines Anschlussvertrages?
4. Wann soll der Vertragstext dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden?
5. Wie bewertet die Stadtverwaltung den im o.g. Interview verwendeten Begriff „Rendite“, nach dem durch die Festschreibung der Landesförderung letztlich dem kommunalen Träger der Kultureinrichtungen alle Kostensteigerungen angelastet werden?

gez. Mathias Weiland
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Antwort der Verwaltung lautet:

Zu 1.

Anfang April 2008 fand zwischen der Stadt Halle und dem Land Sachsen-Anhalt das Sondierungsgespräch zum Auftakt der Theatervertragsverhandlungen statt. Dieses Gespräch wurde genutzt, um über den aktuellen Sachstand zu informieren, wesentliche Verhandlungspositionen zu besprechen und das weitere Verfahren abzustimmen. Von Seiten der Stadt sind neben der Kulturreferentin, der designierte Geschäftsführer der zu bildenden »Theater, Oper und Orchester GmbH Halle« sowie Vertreter der Kulturverwaltung in die Vertragsverhandlungen eingebunden.

Zu 2.

Im Rahmen des GmbH-Gründungsprozesses werden nach der Sommerpause die Eckdaten der mittelfristige Finanzierungsplanung feststehen. Auf dieser Grundlage werden die konkreten Verhandlungen aufgenommen und die Arbeit am Vertragstext begonnen.

Zu 3.

Die Aussicht, einen Anschlussvertrag für die Förderung der halleschen Theater, der Oper und der Staatskapelle nach dem Jahr 2008 zu erhalten und die dafür relevanten haushaltrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, ist gegeben.

Zu 4.

Der Vertragstext wird dem Stadtrat im November, spätestens jedoch im Dezember 2008 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Zu 5.

Angesichts der deutlichen Tarifsteigerungen in den Bereichen TVöD, Normalvertrag-Bühne und Tarifvertrag Kulturorchester ist die Festschreibung der Landesförderung auf dem Niveau der gegenwärtigen Förderperiode eine Voraussetzung und eine immense Herausforderung für die Bühnen und die Stadt Halle als Träger der Kultureinrichtung. Danach besteht aber die Chance, dass der Wunsch, durch die GmbH-Gründung eine »Rendite« im Sinne eines signifikanten wirtschaftlichen Ertrags zu realisieren, an der das Land partizipiert, in der Förderperiode ab 2012 erreicht werden kann.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin